



Rentenversicherung bleibt beste Form der Alterssicherung

Vertreterversammlung im Zeichen der Renten- politik

Speyer, 2. Dezember 2016
Nr. 21/2016

Zeichen (mit Leerzeichen) ohne Überschrift 7 785

Ganz im Zeichen der aktuellen rentenpolitischen Diskussion stand die heutige Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz. „Alle Bürger sollen auch weiterhin mithilfe der drei Säulen der Alterssicherung in der Lage sein, sich eine Lebensstandard sichernde Altersvorsorge aufzubauen“, befürwortete der Vorsitzende des Vorstandes, Hans-Walter Scheurer, das Beibehalten der Ziele der Alterssicherungspolitik. Mit Blick auf diskutierte Leistungsverbesserungen forderte Scheurer auf, die Folgen und Grenzen der Zusatzbelastungen in den Sozialversicherungssystemen zu bedenken und eine generationengerechte Verteilung nicht aus den Augen zu verlieren. Versicherungsfremde Leistungen dürften nicht allein den Beitragszahlern aufgebürdet werden.

Große Koalition einigt sich in vier Punkten

Die Berliner Regierungskoalition hatte sich in der letzten Woche darauf geeinigt, die Rentenwerte in Ost und West in sieben Schritten bis zum Jahr 2025 anzugleichen. Gleichzeitig soll die Höherbewertung Ostlöhne, die durchschnittlich niedriger sind als im Westen, schrittweise abgeschmolzen werden.

Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen und Erwerbsminderungsrente erhalten, sollen so gestellt werden, als hätten sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet. Diese Zurechnungszeit endet bisher bei 62 Jahren. Die Abschläge bleiben unverändert.

Die betriebliche Altersversorgung insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen wird gestärkt. Der entsprechende Gesetzesentwurf soll zügig im Bundestag eingebracht und verabschiedet werden.

Für die im Koalitionsvertrag vereinbarte solidarische Lebensleistungsrente sollen weiterhin unterschiedliche Modelle geprüft werden.

Keine Verständigung für doppelte Haltelinie

Auf die von Bundessozialministerin Andrea Nahles geforderte Absicherung von Selbständigen in der gesetzlichen Altersversorgung, die Anhebung der



Mindestnachhaltigkeitsrücklage auf 0,4 Monatsausgaben und die „doppelte Haltelinie“ bei Rentenniveau und Beitragssatz konnte sich der Koalitionsausschuss nicht verständigen.

Vorstandsvorsitzender Scheurer wies darauf hin, bei einer neuen Festschreibung des Rentenniveaus und des Beitragssatzes das Renteneintrittsalter als dritte wichtige Stellschraube nicht außer Acht zu lassen. Er sprach sich für eine langfristige Lösung in parteiübergreifendem Konsens aus, die die Generationengerechtigkeit im Blick behält und ein ausgewogenes Verhältnis tragfähiger Beiträge und angemessenem Versorgungsniveau sicherstellt.

Übergang vom Erwerbsleben zum Ruhestand flexibler gestalten

Mit dem Flexi-Rentengesetz wird das Arbeiten über die persönliche Altersgrenze hinaus attraktiver. Ab 1. Januar 2017 können Altersrentner die vom Arbeitgeber gezahlten Rentenversicherungsbeiträge selbst aufstocken und so ihre Rente erhöhen. Flexiblere Hinzuverdienstmöglichkeiten werden ab 1. Juli 2017 gelten. „Die Regelungen sind gut gemeint, aber verwaltungsaufwendig gemacht“, wertete Scheurer. „Es zeigt sich schon jetzt, dass eine gute Beratung wichtiger und aufwändiger wird.“

Finanzlage der Rentenversicherung nach wie vor gut

Die Rentenversicherung kann auch Ende 2016 mit 32,2 Milliarden Euro, das sind 1,6 Monatsausgaben, eine beträchtliche Nachhaltigkeitsrücklage vorweisen. Der Beitragssatz kann bis 2021, und damit um ein Jahr länger als angenommen, unverändert bei 18,7 Prozent stabil gehalten werden. Bis zum Jahr 2030 wird ein Anstieg auf 21,8 Prozent angenommen. Aktuell liegt das Rentenniveau bei 48 Prozent und ist damit um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Vorausberechnungen zu Folge werden 47,9 Prozent im Jahr 2020 und 44,5 Prozent 2030 erwartet. Damit läge das Nettorentenniveau über den derzeit gesetzlich festgelegten Grenzen von 46 Prozent in 2020 und 43 Prozent in 2030.

Auch Geschäftsführerin Saskia Wollny ging auf die aktuelle Debatte um die Rentenpolitik ein. „Niemand fordert mehr ernsthaft einen Wechsel hin zu einem anderen Rentensystem. Das bewährte Umlagesystem mit all seinen Stellschrauben wird auch in Zukunft eine unverzichtbare Säule unserer Alterssicherung sein“, so Wollny in ihrem Bericht zur Arbeitsbilanz des rheinland-pfälzischen Rentenversicherungsträgers.

Reha und Rente: Antragszahlen bleiben auf hohem Niveau

Bis Ende Oktober sind im laufenden Jahr gut 40 000 Rentenanträge eingegangen. Das bedeutet zwar einen Rückgang um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, da die starke Antragswelle aufgrund des Rentenpakets inzwischen abgeebbt ist. Dennoch bewegen sich die Antragszahlen auf ho-



hem Niveau und mit Blick auf die demografische Entwicklung ist mit weiteren Zuwächsen zu rechnen.

Leichte Rückgänge gab es bei der medizinischen Rehabilitation. Rund 36 000 Anträge von Januar bis Oktober bedeuten gegenüber dem Vorjahr ein geringes Minus von 2,4 Prozent. Gegenläufig entwickelten sich die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Hier sind die Antragszahlen um 7,1 Prozent auf gut 9 500 Anträge gestiegen.

Kinder- und Jugendreha: Vielen nützt sie, nicht alle kennen sie

Die Antragszahlen auf Leistungen zur Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen gehen seit einiger Zeit zurück. „Für einen gelungenen Start ins Berufsleben werden die Grundlagen schon früh gelegt – im Kindes- und Jugendalter“, so Saskia Wollny. Chronische Erkrankungen können das Selbstwertgefühl, den schulischen Erfolg und damit die späteren Berufschancen ganz entscheidend beeinträchtigen. „Der Bedarf ist da, die Chancen, dass ein Antrag bewilligt wird, sind gut, aber offenbar erkennen Eltern und auch Kinderärzte nicht immer den Nutzen einer Reha.“ Deshalb startet die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz ab dem nächsten Jahr Informationsaktionen, um die Reha für Kinder und Jugendliche ins Bewusstsein zu rufen.

Ebenso wie die Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen werden auch die Leistungen zur Prävention durch das Flexi-Rentengesetz gestärkt. Beide Leistungen haben das Ziel, dass gesundheitliche Handicaps sich nicht negativ auf Arbeit und Beruf auswirken. „Denn die beste Form der Alterssicherung besteht immer noch darin, möglichst lückenlos Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen“, erklärte Wollny.

Bauprojekte: Große Meilensteine erreicht

„Mit unseren umfangreichen Investitionsprogramm wollen wir unseren vier eigenen Reha-Kliniken eine gute Zukunftsperspektive geben“, stellte Matthias Förster, stellvertretender Geschäftsführer, fest. Nach einer Bauzeit von 30 Monaten hat die Fachklinik Eußerthal den Betrieb seit Juli schrittweise hochgefahren und wird noch im Dezember die volle Kapazität von 155 Betten erreichen. „Auf der Zielgerade sind wir auch in der Edelsteinklinik Bruchweiler“, so Förster. Die zwölf weiteren Kind-Mutter-Appartements sind nach eineinhalb Jahren fertiggestellt und werden Anfang 2017 eingeweiht. Am 9. Dezember erfolgt der Spatenstich für den Erweiterungsbau der Drei-Burgen-Klinik in Bad Kreuznach für 36 weitere Rehabilitanden. In Planung ist außerdem der Ersatzbau mit 94 Einzelzimmern und 15 Appartements für die sanierungsbedürftigen Gebäudeteile der Mittelrhein-Klinik Bad Salzig.



Haushalt 2017

Die Vertreterversammlung beschloss in der von Uwe Klemens geleiteten Sitzung heute den Haushalt für 2017 von 7,1 Milliarden Euro. Die weitaus höchsten Einnahmen bilden mit 5,46 Milliarden Euro die um über 6 Prozent gestiegenen Beiträge. Die Zahlungen des Bundes machen mit 1,5 Milliarden Euro rund ein Fünftel der Einnahmen aus. Den größten Teil gibt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz gleich als Renten (5,86 Milliarden Euro), Krankenversicherungsbeiträge der Rentner (409 Millionen Euro) und Leistungen für medizinische und berufliche Rehabilitation (183 Millionen Euro) an ihre Versicherten und Rentner weiter. Die Verwaltungskosten von 127 Millionen Euro betragen lediglich 1,8 Prozent der Gesamtausgaben.

Über die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz:

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz mit Hauptsitz in Speyer betreut 1,4 Millionen Versicherte und zahlt 644 000 Renten. Landesweit beschäftigt sie 2 300 Mitarbeiter. Vertreterversammlung und Vorstand bilden die Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz. Ehrenamtliche Vertreter von Versicherten und Arbeitgebern sind in der sozialen Selbstverwaltung an grundlegenden finanziellen, organisatorischen und personellen Entscheidungen beteiligt.

Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

Eichendorffstraße 4 – 6, 67346 Speyer

Postanschrift: 67340 Speyer

Telefon 06232 17-0

www.deutsche-rentenversicherung-rlp.de

Pressesprecher

Hans-Georg Arnold

Telefon: 06232 17-1867, Telefax: 06232 17-121867

presse@drv-rlp.de